

## 241210 – Unterirdisches zum Jahresende

- 1) Ost-West-Achse: Unterirdische Abstimmung / Demo zur Ratssitzung am 12.12.24
- 2) Der Rat von Fachleuten ist offenbar nicht erwünscht
- 3) Grundlos glücklich?
- 4) Rückblick: „Köln muss anders können“ am 25.11.24 im Domforum

Lesedauer ohne Links: 8 Minuten

Liebe Abonentinnen und Abonnenten,

### 1) Ost-West-Achse: Unterirdische Abstimmung / Demo zur Ratssitzung am 12.12.24

„Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP haben sich auf eine große Lösung für den unterirdischen Ausbau verständigt – Entscheidung wird am 12. Dezember im Stadtrat getroffen.“ So war es vor wenigen Tagen im Kölner Stadtanzeiger zu lesen.

Mit „großer Lösung“ ist ein U-Bahn-Tunnel von Deutz bis Melaten gemeint, also größtenteils entlang einer der antiken römischen Hauptstraßen mit erwartbaren Verzögerungen und Verteuerungen durch archäologische Funde. Geplante Fertigstellung „bis 2050“.

Ein oberirdischer Ausbau soll nur „provisorisch“ erfolgen, denn hätte man sich auf einen dauerhaften oberirdischen Ausbau „eingelassen, wäre eine U-Bahn über Jahrzehnte nicht mehr zu realisieren, weil es keine Fördergelder dafür gibt“ – so Ralph Sterck von der FDP (diese und alle weiteren Aussagen von Politikern zu diesem Punkt zitieren wir nach Kölner Stadtanzeiger“.

Gutachten zur Förderfähigkeit der neuen Tunnel-Idee sind uns allerdings nicht bekannt. Dem bisherigem U-Bahn-Plan auf der Ost-West-Achse hatte lediglich eine Expertise von Gutachtern aus dem Kreis des Tunnel-Lobby-Vereins STUVA sehr knapp die Förderfähigkeit bescheinigt, während ein Gegengutachten des unabhängigen Büros für Verkehrsplanung „Vierregg-Rössler“ aus München zu dem Schluss kam, dass bei weitem keine Förderfähigkeit gegeben ist (alles dazu und zu den Kostenrisiken finden Sie unter Punkt 2 in unserem [Newsletter vom 15.11.24](#)).

Auf typisch Kölsche Art wird über Fantasien „bis 2050“, wenn keiner der heutigen Entscheider mehr für irgendetwas verantwortlich ist, das Naheliegende „vergessen“, was heute zu tun wäre, zum Beispiel das Gleisnetz auszubauen oder wenigstens dafür zu sorgen, dass die KVB den bestehenden Fahrplan erfüllen kann. Schon das wäre ja in Köln ein „Großprojekt“, allerdings ein sinnvolles.

Entschieden werden soll im Rat am 12.12.24 in geheimer Abstimmung, denn die Koalition der Tunnelbauer verfügt nicht über die erforderliche Mehrheit, hoffen aber auf „Sympathisanten in anderen Fraktionen“. Sollte eine Mehrheit zustande kommen, „drohen der Stadt“ laut Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer der Grünen „langwierige Neuplanungen, massive zusätzliche Kosten und eine unberechenbare Verzögerung der dringend notwendigen Verkehrswende.“

Das [„Bündnis Verkehrswende“](#) hat sich nach Bekanntwerden der neuen Pläne direkt mit folgenden Worten an die Mitglieder der SPD-Fraktion gewandt „mit Entsetzen haben wir von Ihrem beabsichtigten Änderungsantrag gemeinsam mit CDU und FDP zur Ertüchtigung der Ost-West-Achse erfahren. Leider durch die Medien. (...) Wir hoffen sehr, dass es in der SPD-Fraktion doch noch Ratsmitglieder gibt, die diesen Antrag nicht mittragen werden.“

In einer Pressemitteilung kritisiert das Bündnis Verkehrswende unter anderem: „Es werden Projekte beschlossen, die einzig der privaten Bauwirtschaft dienen. Denn es sind keine neuen Strecken, sondern bestehende Linien werden nur unter die Erde gelegt. Gleichzeitig steht der Ausbau sinnvoller neuer Strecken auf der KVB-Streichliste. Das ist eine Verhöhnung der Fahrgäste und der Menschen in den Stadtteilen, die schon lange auf Schienenanschluss warten.“ Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

Auch der [VCD Köln](#) „ermahnt“ in einer Pressemitteilung „alle Ratsmitglieder im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit öffentlichen Geldern sowie einer zielgerichteten Verfolgung von ÖPNV-Ausbaumaßnahmen einen Beschluss zur Weiterplanung der Ost-West-Achsen-Ertüchtigung zu fassen, die klar die Weichen für einen endgültigen oberirdischen Ausbau stellt.“ Den vollständigen Wortlaut mit einer ausführlichen Begründung finden Sie [hier](#).

Unterdessen hat auch ein [Beitrag in der WDR-Lokalzeit](#) einen kritischen Blick auf die Rolle des Tunnelbau-Lobbyvereins STUVA in dem ganzen Geschehen geworfen.

Und was können Sie tun?

Zum Beispiel dem Aufruf des Bündnisses Verkehrswende zu einer KUNDGEBUNG am 12. Dezember 2024, 13.00 Uhr auf dem Theo-Burauen-Platz vor dem Rathaus folgen. Und/oder [diese Petition](#) unterzeichnen.

## **2) Der Rat von Fachleuten ist offenbar nicht erwünscht**

„Da der Rat der Stadt Köln die ehrenamtliche Arbeit der stimmberechtigten Mitglieder im Kunstbeirat offenbar nicht in Anspruch nehmen möchte, haben wir in unserer Sitzung am 21. November 2024 beschlossen, unsere Tätigkeit in diesem Gremium zu beenden.“ So heißt es in einer Stellungnahme der stimmberechtigten Mitglieder des Kunstbeirates der Stadt Köln zur gemeinsamen Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit in diesem Gremium.

Die Medien sprechen von einem „Paukenschlag“, und das ganze skandalöse Ausmaß des Vorgangs können Sie der obengenannten Stellungnahme entnehmen, die Sie [hier](#) finden.

Was hinter dem Rücktritt steckt, erklärt der Vorsitzende des Gremiums Kay von Keitz in zwei Beiträgen des WDR, die Sie [hier](#) und [hier](#) nachhören können.

Dass die ehrenamtlichen Ratsmitglieder sich nicht vertieft mit allen Themen befassen können, über die sie zu entscheiden haben, ist verständlich. Dass sie aber den Rat der engagierten und teilweise von ihnen selbst berufenen Fachleute aus der Stadtgesellschaft einfach ignorieren, ist erstens nicht entschuldbar und zweitens leider nicht nur auf die Kulturpolitik beschränkt. Die bisweilen desaströsen Folgen mussten wir in unserem Newsletter immer wieder dokumentieren. Die Kölner Tunnelpläne sind nur das jüngste Beispiel.

### 3) Grundlos glücklich?

Bitte merken Sie sich den 23.01.25 vor (19:30 Uhr). Köln leben & gestalten (Klug) e.V., Köln kann auch anders und Stadtraum 5und4 e.V. laden in Kooperation mit dem Katholischen Bildungswerk Köln zu einem Fachgespräch im Domforum ein, und zwar mit Ulrich Kriese\* Hans Schwanitz (Bündnis 90 DIE GRÜNEN), Niklas Kienitz (CDU) und Michael Frenzel (SPD). Um Stimmen aus der Verwaltung bemühen sich die Veranstalter noch.

\*(Sprecher für Bau- und Siedlungspolitik des Naturschutzbunds NABU, Mitbegründer der Reforminitiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ und Vorstand der Stiftung Edith Maryon)

Titel: „Grundlos glücklich? Bodenpolitische Perspektiven 2025+“

Hintergrund: Eine aktive kommunale Bodenpolitik ist Voraussetzung für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Ohne Grund und Boden in öffentlicher Hand geht es nicht. Wohin die Reise geht, wenn die Stadt einseitig auf private Immobilienkonzerne vertraut, sieht man z.B. in Mülheim Süd und Ehrenfeld. Ein jahrelanges privatwirtschaftliches Verwertungskarussell hat zur exponentiellen Verteuerung von Grundstücken geführt hat, die teilweise sogar einmal der Stadt gehörten – Grundstücke, die zum großen Teil inzwischen schon jahrelang Sandwüsten und Baugruben geblieben sind, oder auf denen überwiegend unbezahlbarer Wohnraum entsteht, aber eben keine zukunftsfähige Stadt.

Welche Antworten hat die Politik auf diese Herausforderung? Wie soll es in Zukunft anders laufen? Und was kann die Verwaltung tun, um politische Ziele umzusetzen? Die Veranstalter haben den Podiumsgästen vorab Anregungen für den Einstieg in die überfällige Diskussion zugesandt.

Mehr zum Hintergrund finden Sie in einem Beitrag von Sascha Gajewski (Stadtraum 5und4) für die „Impulse“ des [Bündnisses für kommunale Nachhaltigkeit](#) unter dem Titel „Bauen und Wohnen ist teuer, weil Boden teuer ist – auch ein hausgemachtes Problem“ ([hier](#) auf Seiten 16-21).

Was wir mit „Sandwüsten und Baugruben“ meinen, können Sie auf [diesen Fotos](#) von Helmut Nick aus dem Mülheimer Süden sehen. Und das oben angesprochene „Verwertungskarussell“ hat Boris Sieverts in einer [hier dokumentierten](#) faktenreichen Rede auf der Veranstaltung „Baugruben zu Baggerseen“ am Beispiel der ehemaligen KHD-Flächen anschaulich dargelegt.

### 4) Rückblick: „Köln muss anders können“ am 25.11.24 im Domforum

Köln kann auch anders und das Katholische Bildungswerk Köln hatten die Kölner Parteispitzen in das Domforum zu einer öffentlichen Diskussion über die Frage eingeladen, ob sie die Kommunalwahl zum Umsteuern nutzen wollen und können.

An dem von der Journalistin Judith Schulte-Loh moderierten Gespräch nahmen teil: Stefan Wolters (GRÜNE), Niklas Kienitz (CDU), Claudia Walther (SPD), Volker Görzel (FDP), Nadine Mai (LINKE), Andrea Browsers (Volt) und Inga Feuser (GUT & Klima Freunde). Den Audio-Mitschnitt finden Sie [hier](#).

Mit besten Grüßen  
Frank Deja